

Vorläufiges Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 21.09.2018 um 19:30 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister

Bauer, Roland CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat

Amrhein, Rigobert UWG

Amrhein, Waltraud UWG

Bauer, Karl CSU/FWG

Brand, Günter UWG

Hock, Franz UWG

Knehrler, Sebastian CSU/FWG

Spielmann, Patrick

Verfürth, Steffen UWG

Wirth, Christian CSU/FWG

Verwaltung

Bathon, Christina, Geschäftsleiterin

Entschuldigt:

2. Bürgermeister

Lattus, Christian CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat

Beck, Markus CSU/FWG

Schäfer, Ralf UWG

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Bürger.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung fest und hinterfragt, ob es eine Anmerkung zur Tagesordnung gibt.

Dies ist nicht der Fall.

Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17.08.2018 werden folgende Anmerkungen getätigt.

Zu TOP 2.1 - wird gewünscht, dass statt der einen Ja-Stimme die namentlich erwähnt wurde, alle Gegenstimmen namentlich aufgezählt werden.

Zu TOP 4 - kommt seitens des Gemeinderates die Anmerkung, dass hier deutlicher gemacht werden sollte, dass der Kämmerer im Vorfeld seine Arbeit korrekt gemacht hat und nicht der Anschein erweckt wird, dass es zu lasten des Kämmerers wird, das hier ursprünglich von anderen Zahlen ausgegangen worden ist.

Zu TOP 9 - soll noch folgender Satz ergänzt werden, Patrick Spielmann moniert, dass unter der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes nur Bericht über den Sachstand der Renovierung aufgeführt ist und jetzt ein Beschluss gefasst werden soll. Daher könne seiner Meinung nach nicht abgestimmt werden.

Zu TOP 11 - hier soll der Beschlusstext wie folgt geändert werden.

Der Gemeinderat fasst mit 7 zu 5 Stimmen den Beschluss, dass dem UWG Antrag stattgegeben wird und zukünftig Grundstücksgeschäfte im Gemeinderat in der nichtöffentlichen Sitzung mitgeteilt werden.

Einstimmig unter Beachtung der Änderungen zu TOP 2.1, TOP 4, TOP 9 und TOP 11, wird das Protokoll der öffentlichen Sitzung einstimmig anerkannt.

1.1. Protokollanerkennung und Veröffentlichung des Beschlusses zum Thema weitere Zeichnung von Anteilen in Höhe von 20.000 € an der Dorfladen UG, zweckgebunden zur Optimierung der Ladeneinrichtung aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.08.2018

Herr Bürgermeister Bauer veröffentlicht einen Beschluss aus der Sitzung vom 17.08.2018, welcher im nichtöffentlichen Teil beschlossen wurde und nun bekannt gegeben werden soll.

Mitteilungsblatt amtlicher Teil Dammbach 39. KW

Protokollauszug

der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 17.08.2018 um 21:40 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Veröffentlichung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass der Beschluss zur Zeichnung von weiteren Gesellschaftsanteilen für die Dammbacher Dorfladen UG veröffentlicht werden soll.

3. Antrag zur Zeichnung von weiteren Gesellschaftsanteilen in Höhe von 20.000 Euro an der Dammbacher Dorfladen UG (haftungsbeschränkt) & Still zur Optimierung der Ladeneinrichtung. Die designierte Geschäftsführerin Gabi Reinfurt-Elter und das Mitglied des Beirates Gabi Hock stehen zur Beantwortung evtl. Fragen zur Verfügung (Anlage)

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass die Gesellschaftsanteile in Höhe von 20.000 Euro bei der Dammbacher Dorfladen UG zur Optimierung der Ladeneinrichtung gezeichnet werden soll.

Roland Bauer, 1. Bürgermeister

2. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen

2.1. Bauvorhaben: Teilabriss und Dacherneuerung mit veränderter Dachform, Wintersbacher Str. 90

Der Bürgermeister stellt das Bauvorhaben kurz vor und teilt die Baumappen zur Einsichtnahme aus.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

2.2. Bauantrag der Kath. Kirchenstiftung Wintersbach für einen Anbau an die Dammbachtalhalle zur Lagerung der Passionsspielutensilien

Der Bürgermeister und Christian Wirth, als Planer erläutern den Bauantrag. Eine Zeichnung wie das Gebäude zukünftig aussehen wird, hatte Christian Wirth schon in der Sitzung vom 17.08.2018 dem Gemeinderat vorgestellt.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, das gemeindliche Einvernehmen zu diesem Bauvorhaben zu erteilen.

Von Beratung und Beschlussfassung ist Christian Wirth als Planer ausgeschlossen.

2.3. Bauantrag Umnutzung von Lagerflächen in Wohnraum in einem bestehenden Gebäude Krausenbacher Str. 27

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, das gemeindliche Einvernehmen zu diesem Bauantrag zu erteilen.

Auch hier ist Christian Wirth als Planer, bei Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ausgeschlossen.

3. Bericht aus der Bauausschusssitzung vom 10.09.2018 um 18:00 Uhr

3.1. Ortstermin Grundschule Dammbach

3.2. Außenfassade / Dach

Bei der Begehung wurden 6 Punkte angesprochen, für die zur Haushaltsplanung 2019 entsprechende Preisanfragen getätigt bzw. Richtpreise ermittelt werden sollen.

- Es handelt sich hier um den Vollwärmeschutz auf der Nordseite des Schulgebäudes - hier soll der Preis ermittelt werden, wenn dies als Vollwärmeschutz ausgeführt wird,
- wenn nur ein Einputzen der Fenster und
- wenn nur ein Streichen der Rückseite vorgenommen wird.
- Außerdem soll ein Angebot für eine neue Ziegeleindeckung mit verbundener Aufdachdämmung für das Schuldach eingeholt werden.
- Als Alternative dazu, soll der Preis ermittelt werden, wenn die Dacheindeckung mit gedämmten Sandwichplatten vorgenommen wird.
- Darüber hinaus soll ein Preis ermittelt werden, für die Erneuerung des Betonvordaches über dem Eingang der Mittagsbetreuung.

Aus dem Gemeinderat kommt der Vorschlag, dass man die Fenster farblich absetzen könnte um damit eine optische Aufwertung der Rückseite des Schulgebäudes zu erreichen.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass für die 6 benannten Positionen Preisfragen getätigt werden sollen.

3.3. Heizungsanlage

In der Bauausschusssitzung haben sich die Gemeinderäte außerdem den Heizungsraum und die Duschen in der Dammbachtalhalle angesehen.

Markus Beck soll beauftragt werden zu überprüfen, ob die Zuleitung für Installation eines Durchlauferhitzers ausreichend dimensioniert sind. Danach kann entschieden werden, ob man die Warmwasserversorgung zu den Duschen künftig über elektrische Boiler optimieren kann. Bezüglich der Preise für die zu installierenden Warmwasserboiler, wird die örtliche Installationsfirma angefragt.

3.4. Besichtigung der renovierten Räume für die Mittagsbetreuung

Der Bauausschuss hat in seiner Begehung die renovierten Räume der Mittagsbetreuung angesehen. Die Räume seien sehr schön geworden.

Lediglich die neuen Möbel werden voraussichtlich erst im Dezember 2018 geliefert und aufgebaut werden.

3.5. Ortstermin Hang TSV - Beweidung

Der Bürgermeister berichtet, dass sich die Beweidung des Hanges mit den Ziegen von Christoph Bauer als sehr gut erwiesen habe.

Er dankt hierfür Christoph Bauer der in der Sitzung als Zuhörer anwesend war.

Lediglich in kleineren Bereichen ist noch Aufwuchs da, der – so wurde es vom TSV zugesagt, in einer Aktion mit Vereinsmitgliedern noch entfernt werden soll.

3.6. Ortstermin Schmiedshohle

Der Bürgermeister berichtet, dass es hier bei stärkeren Regenereignissen vermehrt zu großen Problemen mit mehrstündigem Einsatz der Feuerwehr beim Abfluss des auftretenden Oberflächenwassers gekommen sei.

Hier gebe es die Überlegung, ob hier ein Einlaufbauwerk vergleichbar zu dem an der Ferschenmühle errichtet werden soll.

Seine Recherchen haben ergeben, dass das Einlaufbauwerk in der Ferschenmühle damals etwa 20.000 € gekostet habe. Dies war 2007.

Grundsätzlich gibt es im Bereich der Schmiedshohle verschiedene Möglichkeiten den Ablauf des Oberflächenwassers zu optimieren.

Neben der Option Quader oder andere Barrieren an den Seiten zu installieren um das Wasser zu bremsen bzw. zu brechen, besteht auch die Möglichkeit ein Einlaufbauwerk zu installieren, welches dann entweder an einen Hausanschluss oder direkt an die Kanalisation angeschlossen wird.

Im Gemeinderat wird daraufhin diskutiert, ob es möglich ist, diese Wassermengen an einen bestehenden Hausanschluss anzuschließen, oder stattdessen ein gemeindeeigener Kanal in diesem Bereich neu gebaut werden muss.

Es wird vorgeschlagen, dass zunächst ein Gespräch mit der AMME geführt wird, welche Möglichkeit hier am sinnvollsten durchführbar ist. Dann soll entsprechend ein Gespräch mit den Anliegern geführt werden, ob jemand bereit wäre, dass dort das ankommende Oberflächenwasser über den Hausanschluss in die Kanalisation eingeleitet wird.

Der Bürgermeister wird über die Ergebnisse hierzu berichten.

4. Antrag der Kath. Kirchenstiftung St. Valentin Wintersbach auf finanzielle Unterstützung beim Mehrzweckhallenlagerbau auf dem Gelände der Grundschule Dammbach zur Requisitenlagerung für die Passionsspiele Dammbach und auf Unterstützung bei der Begleitung des Bauantrages, gestellt durch die Kath. Kirchenstiftung St. Valentin Wintersbach (Anlage)

Der Bürgermeister Roland Bauer liest Auszüge des Schreibens der Kirchenstiftung St. Valentin Wintersbach vor.

Die Kirchenstiftung bittet um finanzielle Unterstützung für die Lagerhalle, die nun für die Passionsspiele Dammbach neben der Dammbachtalhalle errichtet werden soll.

Die Kosten hierfür werden auf ca. 60.000 € geschätzt.

Die Kirchenstiftung erbittet einen Zuschuss in Höhe von 15.000 € - 20.000 € für die Maßnahme.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, das eine maximale Zuwendung in Höhe von 20.000,-- € an die Kirchenstiftung St. Valentin für die Errichtung des Lagergebäudes für die Passionsspiele Dammbach gewährt werden soll.

5. Neues Förderprogramm für ein "Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer" (Anlage)

Im Vorgang zur Sitzung ist den Gemeinderäten eine Beschlussvorlage hierzu vom Kämmerer Karl Aulbach zugegangen.

Es geht zunächst darum, sich generell Fördermittel für das „Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer“ zu sichern.

Sobald der Förderbescheid eingegangen ist und die Höhe der Mittel feststeht, kann dann im Detail überlegt werden, wie man diese Mittel in der Grundschule sinnvoll einsetzt.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, sich an dem Förderprogramm „Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer“ zu beteiligen.

6. Musikschule - Beitritt an einen Kommunalen Musikschulverein und Entsendung von Mitgliedern in die Mitgliederversammlung zur Sicherung des Fortbestands der Albrecht Graf von Ingelheim Musikschule (Heimbuchenthal und Mespelbrunn haben bereits zugestimmt) (Anlage)

Christina Bathon erklärt die Hintergründe und die aktuelle Situation zu diesem Tagesordnungspunkt.

Hierzu habe es in der letzten VG-Versammlung am 29.08.2018 eine Entscheidung zur Gründung eines Kommunalvereins gegeben.

Die Musikschule wird zum 01.01.2019 sowohl die Berechtigung verlieren, sich als Musikschule zu bezeichnen sowie auch alle anderen Ansprüche, Fördermittel für die Musikschule zu generieren.

Hintergrund ist, dass die Musikschule derzeit nicht alle Kriterien nach dem Verband der Sing- und Musikschulen erfüllt.

Dies bezieht sich vor allem auf die Tatsache, dass die Musikschullehrer bisher nur auf Honorarbasis angestellt sind und über keine Festanstellung verfügen.

Die Förderrichtlinien bzw. die Anforderung an Musikschulen enthalten die Bedingung, dass mindestens 51 % der Musikschulkräfte fest bei der Musikschule angestellt sind.

Darüber hinaus, bringt die permanente Honorartätigkeit die Gefahr mit sich, dass die Beschäftigung als Scheinbeschäftigung eingestuft wird.

Da hierbei bei dem jetzigen Modell keine Sozialversicherungsbeiträge abgegeben werden müssen, kann es sein, dass bei einer Nachkontrolle durch die Sozialversicherung festgestellt wird, dass eine hohe Summe an Nachzahlungen für Sozialversicherungsbeiträge erforderlich werden.

Die VG-Versammlung hat nach Beratung durch Herrn Greth vom Bayerischen Verband der Musikschulen, der bei der Sitzung der Gemeinschaftsversammlung am 29.08.2018 anwesend war, festgelegt, dass ein Kommunalverein gegründet werden soll.

Der Verein könne dann die Festanstellung der Musikschulkräfte vornehmen ohne an die tariflichen Bindungen des TVöD gebunden zu sein.

Dies würde im Vergleich zu einer Festanstellung bei der Verwaltungsgemeinschaft Mespelbrunn zu deutlich geringeren Kosten führen.

Die durch die Festanstellung beim Verein notwendigen Sozialabgaben könnten durch weitere Fördertöpfe bzw. durch die Erhebung von kostendeckende Gebührensätze für die Musikschü-

ler die nicht aus den 3 Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft kommen, abgedeckt werden. Somit würden sich in dieser neuen Organisation der Musikschule keinerlei, in etwa nur geringe erhebliche Mehrkosten für die 3 Gemeinden ergeben.

Die Geschäftsleiterin erläutert, dass aus jedem Gemeinderat zusätzlich zu den 1. Bürgermeistern 2 weitere Gemeinderatsmitglieder mit Stellvertretern in die Mitgliederversammlung des Vereins entsendet werden sollen.

Außerdem stünde für den Gemeinderat immer noch die Möglichkeit in die Belange der Musikschule einzugreifen.

Die Gemeinden werden zukünftig mit der Musikschule Verträge über die Leistungen und deren Bezahlungen schließen. Hierbei besteht die Möglichkeit, Vorgaben zu machen, wie und in welcher Form Musikschulunterricht stattfinden soll und auch eine Stundendeckelung im Jahr einzuführen.

Außerdem hat der Verein bzw. die Verwaltungsgemeinschaft dann die Möglichkeit Weisungen an die Musikschullehrer zu erteilen.

Die Weisungsbefugnis ermöglicht es z. B. auch Vorgaben zu machen, dass die Musikschullehrer Unterricht in den Einrichtungen der Grundschule, Kindergarten, abhalten müssen.

Aus dem Gemeinderat kommt die Anregung, dass weitere Gemeinden in den Kommunalverein miteinbezogen werden sollten.

Außerdem solle die Attraktivität der Musikschule gesteigert werden.

Ebenfalls wird der Wunsch geäußert, dass die Musikschüler mehr dazu angeregt werden sollen oder in die Richtung ausgebildet werden sollen, damit sie später auch in den örtlichen Vereinen weiter musizieren können und wollen.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat Dammbach beim Kommunalverein beizutreten.

Als Mitglieder für die Mitgliederversammlung werden neben dem 1. Bürgermeister Roland Bauer, Stellvertreter 2. Bürgermeister Christian Lattus, die Gemeinderäte Ralf Schäfer mit Stellvertreterin Waltraud Amrhein und Christian Wirth mit Stellvertretung Christian Lattus entsandt.

Die Festlegung erfolgt unter Zustimmung der abwesenden Gemeinderatsmitglieder Ralf Schäfer und Christian Lattus.

**7. Spendenanfrage des Hospiz Alzenau zur Finanzierung eines dringend notwendigen Anbaus (Baukosten ca. 770.000 €)
Gemeinde Heimbuchenthal spendet 1 Euro pro Einwohner - Dammbacher Bürger konnten im Hospiz Alzenau schon in Würde ihren Lebensabend beschließen (Anlage)**

Der Bürgermeister verliest das Anschreiben des Hospiz Alzenau mit der Bitte sich an dem geplanten Neubau durch eine Spende zu beteiligen.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass hier 1 € pro Einwohner an die Einrichtung gespendet wird. Er betont die sehr gute Arbeit des Hospizes und das auch bereits Bürger aus Dammbach dort betreut worden sind.

Der Gemeinderat stellt fest, dass diese Situation ein Armutszeugnis des Deutschen Staates darstellt. Es wird stark kritisiert, dass sich hier die staatlichen Stellen weitgehend aus der Fi-

finanzierung einer so wichtigen Einrichtung raushalten, während z. B. bei anderen Projekten wie dem geplanten Eichenzentrum problemlos große Beträge zur Verfügung gestellt werden.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat Dammbach, an das Hospiz Alzenau 1 € pro Einwohner für den Anbau zu spenden.

8. Bekanntgabe des negativen Ergebnisses des Gutachtens vom Büro Wallisch bezüglich der Bebaubarkeit eines Grundstückes am Amrheinsweg

Die Geschäftsleiterin stellt kurz die Ergebnisse des Gutachtens für das Grundstück am Amrheinsweg vor.

Die Berechnungen haben ergeben, dass das Grundstück bei verschiedenen Starkregenereignissen bzw. Hochwasserereignissen, eine Betroffenheit aufweist.

Hierzu wurden auch die Abschlusswerte des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg herangezogen.

Weitere Berechnungen erfolgten auf Wunsch von Frau Wiesend. Hierbei wurde auch betrachtet, wie sich die Abflussverhältnisse auf dem Grundstück verhalten, wenn eine Bebaubarkeit auf dem Grundstück realisiert ist.

Alle Berechnungsergebnisse führen jedoch zu dem Schluss, dass das Grundstück nicht bebaut werden kann.

Die endgültige Entscheidung hierüber muss allerdings das Landratsamt Aschaffenburg treffen. Bei diesem ist noch die Bauvoranfrage in Bearbeitung.

Das Gutachten wird nun von der Gemeinde an das Landratsamt zur Bearbeitung weitergeleitet.

Aus dem Gemeinderat kommt der Wunsch, dass das Gutachten allen Gemeinderäten zur Verfügung gestellt wird.

Hierzu muss jedoch das Einverständnis von Frau Wiesend eingeholt werden.

Der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis.

9. Fragen zu laufenden Projekten

Hierzu ging im Vorlauf zur Sitzung eine E-mail von Steffen Verfürth an die Geschäftsleiterin bzw. den Bürgermeister ein.

In dem Programm Jira, welches für die Dokumentation laufender Projekte angeschafft wurde, wurden seit längerer Zeit keine Eintragungen mehr vorgenommen.

Es sollen nach Auffassung der UWG Fraktion hier verschiedene offene Punkte abgearbeitet werden bzw. regelmäßig die Informationen zu den Sachständen eingearbeitet werden.

Der Bürgermeister betont, dass die Dokumentation der Arbeitsergebnisse der Verwaltung bereits im Programm „Session“ dokumentiert werden.

Christina Bathon sagt zu, dass sie sich mit dem „Jira“ Programm auseinandersetzen werde.

Sie möchte sich hier einen Einblick verschaffen und überlegen, ob das Programm sich evtl. eignet, generell in der Verwaltung für die Überwachung von Vorgängen eingesetzt zu werden.

10. Aktuelle Informationen des Bürgermeisters

10.1. Terminankündigungen für die nächsten Sitzungen

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Sitzung im Oktober die Entscheidung zum Thema Wasserversorgung getroffen werden soll und dass das Büro Darvani Kosch in der November-sitzung vorstellig wird um die notwendige Brückensanierung festzustellen.

10.2. Fahrplanänderungen aufgrund des Ausbaus der Ortsdurchfahrt in Heimbuchenthal

Der Bürgermeister berichtet, dass aufgrund der fortschreitenden Ausbautätigkeiten in Heimbuchenthal nun wieder Fahrplanänderungen auf die umliegenden Gemeinden zukommen. Die Änderungen seien hierbei wieder zu Ungunsten der Gemeinde Dammbach zu werten.

In der Sprechstunde wurde ihm mitgeteilt, dass die Kinder die nach Haibach in die Schule müssen nun morgens Probleme haben, den Anschlussbus in Heimbuchenthal nicht rechtzeitig zu erreichen. Dies betrifft allerdings nur die Verbindung die um 6:05 Uhr in Dammbach an der Ferschenmühle abfährt und um 6:34 Uhr dann in Heimbuchenthal sein muss.

Es wurde nun eine Lösung ausgearbeitet wie man die 6-7 Schüler auf Kosten der Gemeinde Dammbach so transportieren kann, dass sie ihre Anschlussverbindung nach Haibach noch rechtzeitig erreichen.

Ein Fahrer könnte mit einem Kleinbus die Kinder in Dammbach aufsammeln und bis nach Heimbuchenthal fahren. Man könne dies entsprechend mit der Kilometerpauschale von 35 Cent pro Kilometer plus einen gewissen Stundenlohn vergüten.

Der Gemeinderat wolle sich nun überlegen, ob ihm Personen einfallen die hier als Fahrer diesen Dienst übernehmen könnten.

Sollte bis zum kommenden Dienstag kein Vorschlag eingehen, werde er hierzu ein Aufruf im Amtsblatt veröffentlichen.

Der Schülertransport solle in etwa die nächsten 3 Monate stattfinden bis sich die Fahrpläne wieder abändern. Im Zuge dessen kommt auch die Diskussion auf, welche gesetzlichen Regelungen es für die Kapazitäten des öffentlichen Nahverkehrs gibt.

Dies soll mit Bürgermeister Stenger aus Heimbuchenthal abgeklärt werden, der in dieser Sache bereits tätig geworden ist.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, dass die Gemeinde Dammbach einen Fahrdienst für die Kinder organisiert, die fröhs in die Schule nach Haibach fahren müssen.

10.3. Anfrage an die Kommunalaufsicht bezüglich der Veröffentlichung von Grundstücksgeschäften

Der Bürgermeister teilt die Informationen mit, die die Kommunalaufsicht an die Gemeinde weitergegeben hat.

Hierin sei aufgeführt, dass der Gemeinderat nur dann ein Anspruch auf Informationen hat, wenn er hierzu eine Entscheidung zu treffen hat.

Ein generelles Informationsrecht bestünde nicht.

Darüber hinaus habe die Verwaltung eine Anfrage an den Landesdatenschutzbeauftragten in dieser Sache gerichtet.

Aus dem Gemeinderat kommt die Anmerkung, dass dies einer Vorschrift aus der Gemeindeordnung widerspräche. Darin sei geregelt, dass der Gemeinderat alle Vorgänge in der Verwaltung zu überwachen habe. Dem stände die Aussage des Landratsamtes entgegen.

Es wird festgelegt, dass dem Gemeinderat die E-Mail der Kommunalaufsicht weitergeleitet wird. Dann haben die Gemeinderäte die Möglichkeit, sich noch einmal selbst mit der Kommunalaufsicht in Verbindung zu setzen um diese Frage abzuklären.

Christina Bathon fügt bei, dass vor kurzem ein Artikel vom Bayerischen Gemeindetag bzgl. der Informationsrechte des Gemeinderates erschienen sei.

Dieser könne den Gemeinderäten ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

11. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

11.1. Termin - Rechnungsprüfung

Es wird nachgefragt, ob der 17.10.2018 weiterhin als möglicher Termin für die Rechnungsprüfung bestehen bleibt.

Christina Bathon sagt zu, dies noch einmal abzuklären. Nach ihrer Kenntnis sei dieser Termin allerdings fest vorgemerkt.

11.2. Zukünftiger VG-Sitz

Aus dem Gemeinderat wird noch einmal angemerkt, dass es bedauerlich sei, dass die Anträge der Gemeinde Dammbach bzgl. der kurz- bzw. mittelfristigen Lösungen zur Verbesserung der Arbeitssituationen im VG-Gebäude abgelehnt wurden.

Christina Bathon erläutert noch einmal, was hierzu die Beweggründe gewesen sind.

11.3. Radlader / Feuerwehrauto

Aus dem Gemeinderat kommt die Frage, was vor kurzem am Radlader repariert werden musste.

Der anwesende Mitarbeiter des Bauhofes Christoph Bauer erläutert, dass hier der Simmerring ausgetauscht werden musste. Dieser sei verschlissen gewesen.

Es wurde bei der Firma angefragt, dass dies auf Kulanz ausgetauscht wird.

Ebenfalls wird nach dem Schaden am Feuerwehrauto angefragt.

Hier wurde beim Rückwärtsfahren ein größerer Schaden am Aluaufbau verursacht.

Jemand muss rückwärts an die Wand des Feuerwehrgerätehauses gefahren sein, jedoch meldet sich niemand und bekennt sich zu diesem Schaden.

Die Versicherung wird den Schaden wohl tragen, dennoch ist es bedenklich, dass in der Feuerwehr kein solches Vertrauensverhältnis besteht, dass sich jemand hierzu klar äußert.

11.4. DSL-Ausbau

Hierzu sei so Patrick Spielmann die Rechnung für die 2. Abschlagszahlung eingegangen. Da die Tiefbauarbeiten noch nicht fertig gestellt sind, wird die Rechnung zunächst zurückbehalten.

Ende der Sitzung 21:25 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Christina Bathon
Schriftführerin